

Antrag auf Einbürgerung nach

, den

§ 8 StAG § 9 StAG § 10 StAG



Hinweis: Bitte alle Fragen beantworten. Sollte der Platz bei einer Frage nicht ausreichen, weitere Ausführungen bitte auf einem Beiblatt. Bei Minderjährigen ab 16 Jahren ist ein eigener Antrag erforderlich.

Ich beantrage die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit und mache über meine persönlichen Verhältnisse folgende Angaben:

1. Angaben zu meiner Person

Vermerke der Behörde

Familienname		Ggf. Geburtsname		Vorname	
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)		Geburtsort		Geburtsland/-staat	
Straße		Hausnummer	PLZ	Ort	
Telefon (Angabe freiwillig)		Fax (Angabe freiwillig)		E-Mail (Angabe freiwillig)	
ausgeübter Beruf					
Familienstand <input type="checkbox"/> verheiratet		<input type="checkbox"/> geschieden		<input type="checkbox"/> in eingetragener Lebenspartnerschaft	
<input type="checkbox"/> ledig		<input type="checkbox"/> verwitwet		<input type="checkbox"/> getrennt lebend	
<input type="checkbox"/> Lebenspartnerschaft aufgehoben		seit:		Datum (TT.MM.JJJJ)	
Ort der Eheschließung / Begründung der Lebenspartnerschaft					
Bei Scheidung oder gerichtlicher Aufhebung (Tag der Rechtskraft - Anerkennung - des Urteils)					

2. Angaben zur Person meine(r,s) Ehegattin/Ehegatten, meine(r,s) eingetragenen Lebenspartnerin/Lebenspartners

Familienname		Ggf. Geburtsname		Vorname	
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)		Geburtsort		Geburtsland/-staat	
Straße		Hausnummer	PLZ	Ort	
ausgeübter Beruf					
Staatsangehörigkeit(en)				Ist die Einbürgerung ebenfalls beantragt?	
				<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja (Falls nicht Deutsche/r)	

Angaben zu meine(r,n) früheren Ehe/n / Lebenspartnerschaft/en

Frühere Ehen / Lebenspartnerschaften

nein ja

1	Ehe / Lebenspartnerschaft von - bis	ausgelöst durch
	Staatsangehörigkeit des/der früheren Ehegattin / Ehegatten / Lebenspartner/s/in	
2	Ehe / Lebenspartnerschaft von - bis	ausgelöst durch
	Staatsangehörigkeit des/der früheren Ehegattin / Ehegatten / Lebenspartner/s/in	

3. Angaben zu Status und Aufenthalt

3.1 Status

Meine derzeitige/n Staatsangehörigkeit/en

Sind diese Staatsangehörigkeiten belegt? (Pass, Staatsangehörigkeitsnachweis, Einbürgerungsurkunde, Bescheinigung des Heimatsstaates)

nein ja, durch

Frühere Staatsangehörigkeit/en

Vervielfältigung, Nachahmung und Veröffentlichung und elektronische Speicherung nur mit Genehmigung!

E-Mail: info@form-solutions.de
www.form-solutions.de
Form-Solutions
Artikel-Nr. NW101020



Verlustgrund

Der Verlust der Staatsangehörigkeit/en ist kraft Gesetzes eingetreten.

Der Verlust der Staatsangehörigkeit/en ist nachgewiesen durch

Entlassungsurkunde, Bescheinigung des Heimatstaates

3.2 Besonderer Status

Heimatloser Ausländer?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	nachgewiesen durch
Ausländischer Flüchtling?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	nachgewiesen durch
Staatenlose/r?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	nachgewiesen durch
Asylberechtigte/r?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	nachgewiesen durch
Wurde ein Asylbewerberverfahren eingeleitet?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	nachgewiesen durch

3.3 Wehrdienst

Wehrpflichtig?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	
Vom Wehrdienst befreit/ zurückgestellt	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	bis
Wehrpflicht erfüllt?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	von - bis
Anderer geleisteter Wehrdienst?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	von - bis

3.4 Aufenthalte seit Geburt

von	bis	in (Ort, Staat)

3.5 Aufenthaltsrecht

Niederlassungserlaubnis?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	erteilt am: Datum (TT.MM.JJJJ)
Aufenthaltsberechtigung?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	erteilt am: Datum (TT.MM.JJJJ)
Aufenthaltserlaubnis?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	erteilt am: Datum (TT.MM.JJJJ)
Rechtsgrundlage	§	
gültig bis	Datum (TT.MM.JJJJ)	
Freizügigkeitsberechtigter Unionsbürger	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	

4. Angaben zu meinen Kindern

Bitte auch eintragen: volljährige Kinder aus früheren Ehen; außereheliche Kinder

Vermerke der
Behörde

	1. Kind	2. Kind	3. Kind
Familienname			
Vorname/n			
Geburtsdatum			
Geburtsort			
Staatsangehörigkeit/en			
Mit einzubürgern?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
Das Kind stammt aus:			
- jetziger Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- früherer Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- keiner Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
wurde adoptiert	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bei Miteinbürgerung: Nachweis der z.Zt. besuchten Schule	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei

	4. Kind	5. Kind	6. Kind
Familienname			
Vorname(n)			
Geburtsdatum			
Geburtsort			
Staatsangehörigkeit(en)			
Mit einzubürgern?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
Das Kind stammt aus:			
- jetziger Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- früherer Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- keine Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
wurde adoptiert	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bei Miteinbürgerung: Nachweis der z. Zt. besuchten Schule	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei

5. Angaben zu meinen Eltern

5.1 Eltern

5.1.1 Vater

Familienname	
Ggf. Geburtsname	
Vorname	
Staatsangehörigkeit	
Letzter Wohnort / Land	
verstorben? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, am	Datum (TT.MM.JJJJ)

5.1.2 Mutter

Familienname	
Ggf. Geburtsname	
Vorname	
Staatsangehörigkeit	
Letzter Wohnort / Land	
verstorben? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, am	Datum (TT.MM.JJJJ)

5.2 Adoptiveltern

5.2.1 Vater

Familienname	
Ggf. Geburtsname	
Vorname	
Staatsangehörigkeit	
Letzter Wohnort / Land	
verstorben? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, am	Datum (TT.MM.JJJJ)

5.2.2 Mutter

Familienname	
Ggf. Geburtsname	
Vorname	
Staatsangehörigkeit	
Letzter Wohnort / Land	
verstorben? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, am	Datum (TT.MM.JJJJ)

Adoption wirksam seit:

Adoption nachgewiesen durch:

Nur zu beantworten bei minderjährigen Einbürgerungsbewerbern

<input type="checkbox"/> Die Ehe der Eltern besteht nicht mehr.	Die Vertretungsbefugnis liegt bei
Gesetzesbestimmung bzw. gerichtl. Anordnung	Die Vertretungsbefugnis beruht auf

6. Angaben zu Ausbildung und beruflichem Werdegang

6.1 Schulausbildung

von	bis	Schulart	Staat

6.2 Schulabschluss

--

6.3 Berufsausbildung / Studium / Qualifikation

von	bis	Art	Abschluss	Staat

6.3.1 Arbeitsverhältnisse / selbstständige Tätigkeit in den letzten 8 Jahren

von	bis	Art	Anschrift der Arbeitgeberin / des Arbeitgebers

6.3.2 Sprachkenntnisse / staatsbürgerliche Kenntnisse / Integrationskurs

Nachweise zu:

Sprachkenntnissen
(Zeugnisse, Sprachzertifikate, etc.)

ja und zwar:

nein

Staatsbürgerlichen Kenntnissen
(Einbürgerungstest)

ja

nein

Integrationskurs
(Bescheinigung nach § 43 des Aufenthaltsgesetzes)

ja

nein

7. Angaben zu Straftaten (einschließlich Straftaten im Ausland)

keine Straftaten

abgeschlossene Strafverfahren

Tatbezeichnung	anhängig bei Behörde (Gericht, Staatsanwaltschaft)	Datum des Urteils	Höhe des Strafmaßes bei noch nicht getilgten Strafen

Zur Zeit noch anhängige Ermittlungsverfahren?

nein

ja, wegen

Behörde und AZ:

Eingestellte Ermittlungsverfahren der letzten 5 Jahre?

nein

ja

Behörde und Aktenzeichen (Bitte Einstellungsmitteilungen beifügen)

Anordnung einer Maßregel der Besserung und Sicherheit nach § 61 des Strafgesetzbuches

Tatbezeichnung	Anhängigkeit der Behörde (Gericht, Staatsanwaltschaft)	Datum der Anordnung	Angeordnete Maßnahme

8. Angaben zu meinen wirtschaftlichen Verhältnissen

8.1 Einkünfte

Betrag Euro / Monat

Erwerbseinkünfte (brutto)	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	€	
Einkünfte aus selbständiger Arbeit	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	€	
Einkünfte aus Vermietung/Verpachtung	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	€	
Rente	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	€	
Unterhalt/Unterhaltungskostenvorschuss	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	€	bewilligt bis
Erziehungsgeld	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	€	bewilligt bis
Kindergeld	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	€	
Wohngeld	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	€	bewilligt bis
Arbeitslosengeld I (SGB III)	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	€	bewilligt bis
Arbeitslosengeld II (SGB II)	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	€	bewilligt bis
Sozialgeld (SGB II)	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	€	bewilligt bis
Sozialgeld (SGB XII)	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	€	bewilligt bis
Krankengeld	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	€	bewilligt bis
Sonstige Einkünfte	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	€	

Gegebenenfalls Gründe für den Bezug von Arbeitslosengeld II/Sozialgeld/Sozialhilfe

8.2 Alterssicherung

- nur auszufüllen bei Ermessenseinbürgerungen -

<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, durch	<input type="checkbox"/> gesetzliche Rentenversicherung	Anzahl der Beitragsmonate
	<input type="checkbox"/> private Renten-/Lebensversicherung	seit/Summe
	<input type="checkbox"/>	

8.3 Krankenversicherung

- nur auszufüllen bei Ermessenseinbürgerungen -

gesetzliche Krankenkasse private Krankenversicherung

8.4 Einkünfte der Familienangehörigen (gem. Nr. 8.1)

brutto

Familienname	Vorname	Betrag Euro/Monat
		€
		€
		€
		€
		€
		€

8.5 Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche

Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche

nein

ja

Name und Anschrift der/des Unterhaltspflichtigen

Betrag Euro/Monat

€

Betrag

Bruttoeinkünfte der/des Unterhaltspflichtigen

8.6 Unterhaltsverpflichtungen

Bestehen Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Personen, die nicht zur Hausgemeinschaft gehören?

nein

ja, und zwar

Gegenüber welcher Person/welchen Personen?

Unterhaltsrückstände

nein

ja, in Höhe von

€

9. Vermeidung von Mehrstaatigkeit

Ich bin bereit, meine bisherige/n Staatsangehörigkeit/en aufzugeben und verpflichte mich, **nach schriftlicher Zusicherung** der Einbürgerung, die erforderlichen Schritte zu unternehmen.

ja

nein, aus folgenden Gründen (ggf. auf einem Zusatzblatt)

Begründung

10. Sonstiges

Die Einbürgerung habe ich bereits früher beantragt

nein

ja, bei

Behörde

Wurde über den Antrag entschieden?

nein

ja

er wurde von mir zurückgenommen

er wurde abgelehnt

er wurde zurückgestellt

Datum der Entscheidung

Loyalitätserklärung

(abzugeben von Einbürgerungsbewerbern über 16 Jahre)

Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

Insbesondere erkenne ich an:

1. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,

a) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,

b) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,

c) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,

d) die Unabhängigkeit der Gerichte,

e) den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und

f) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

2. Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstützte oder verfolgt oder unterstützt habe, die

a) gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder

b) eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder

c) durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Unterschrift (Bitte erst bei Antragsübergabe unterschreiben)

Unterschrift

Für die Richtigkeit vorstehender Unterschrift

Ort, Datum	Siegel	Im Auftrag Behörde/Unterschrift
------------	--------	---------------------------------

Verwaltungsgebühren

255,00 € je erwachsenen Einbürgerungsbewerber

51,00 € für jedes miteinzubürgernde minderjährige Kind ohne eigenes Einkommen

255,00 € für jedes selbstständig einzubürgernde Kind

Bei Ablehnung oder Rücknahme des Antrags werden i.d.R. 75% der jeweiligen Verwaltungsgebühr fällig.

Die Gebührenbemessung erfolgt nach § 38 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) in der derzeit gültigen Fassung.

Ich bin damit einverstanden, dass die Einbürgerungsbehörde ggfs. während des laufenden Einbürgerungsverfahrens einen

Vorschuss oder eine Sicherheitsleistung nach § 16 des Verwaltungskostengesetzes (VwKostG) vom 23. Juni 1970 verlangen kann.

Die Gebühr ist spätestens vor Aushändigung der Einbürgerungsurkunde in voller Höhe zu zahlen.

Belehrung über die Richtigkeit der Angaben

Ich versichere, dass meine Angaben richtig sind. Ich habe davon Kenntnis genommen, dass unrichtige oder unvollständige Angaben zur Ablehnung oder Rücknahme der Einbürgerung sowie zu einer Freiheits- oder Geldstrafe (§ 42 Staatsangehörigkeitsgesetz) führen können und dass ich verpflichtet bin, Änderungen meiner persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse während des Verfahrens unverzüglich mitzuteilen.

Einwilligung gem. Datenschutzgesetz NRW

Ein Informationsblatt zur Datenerhebung und -verarbeitung wurde mir ausgehändigt.

Ich bin damit einverstanden, dass die in diesem Informationsblatt genannten und für die Bearbeitung des Einbürgerungsantrags benötigten personenbezogenen Daten aufgrund des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22.07.1913 in der z.Zt. gültigen Fassung und den dazu ergangenen Rechtsvorschriften in Verbindung mit dem Datenschutzgesetz NRW erhoben, verarbeitet und gespeichert werden.

Hinweise zur Verfassungstreue

Ich bin über die Bedeutung des Bekenntnisses zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung belehrt worden.

Ein Informationsblatt zur Loyalitätserklärung wurde mir ausgehändigt. Von dem Inhalt des Informationsblattes habe ich vor der Unterzeichnung der Loyalitätserklärung Kenntnis genommen.

Lichtbild
(aus neuerer Zeit)

Datum (TT.MM.JJJJ)	Unterschrift des Einbürgerungsbewerbers/der Einbürgerungsbewerberin, der/des gesetzlichen Vertreter/s/in
--------------------	---

Bei Miteinbürgerung von Kindern unter 16 Jahren:

Ich / wir beantrage/n hiermit ebenfalls die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit für die in diesem Antrag als miteinzubürgernd aufgeführten Kinder.

Datum (TT.MM.JJJJ)	Unterschrift der/des gesetzlichen Vertreter/s
--------------------	---

Für die Richtigkeit vorstehender Unterschrift/en

Ort, Datum	Siegel	Im Auftrag Behörde/Unterschrift
------------	--------	---------------------------------

Information zur Abgabe der Loyalitätserklärung

Bekennnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes ist eine Staatsform, die keine Gewalt- und Willkürherrschaft kennt. Die Staatsgewalt wird vom Volke über die von ihm gewählten Vertreter im Parlament ausgeübt. Sie beinhaltet einen Rechtsstaat, der Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit jedes Einzelnen schützt.

Was bedeutet dies konkret?

Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. In diesem Begriff fasst man die **Wertvorstellungen des Grundgesetzes** zusammen. Zu den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zählen insbesondere:

- die Achtung der Menschenrechte, vor allem das Recht jedes Menschen auf Leben und freie Entfaltung und Gleichbehandlung (hierzu zählt auch die Gleichberechtigung von Frau und Mann),
- die Souveränität des Volkes,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Nachfolgend werden Ihnen diese Grundwerte der deutschen Verfassung näher erläutert:

1. Demokratie und Volksherrschaft

Nach dem Grundgesetz geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Das Volk bestimmt in regelmäßigen Wahlen Vertreter im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden. Diesen nehmen die Interessen der jeweiligen Ebene, für die sie gewählt wurden, wahr und treffen die Entscheidung nach dem Mehrheitsprinzip.

2. Achtung der Grundrechte

Die Grundrechte ermöglichen es dem Einzelnen unter anderem, sich gegen deren Beeinträchtigung durch den Staat zu wehren. Der Staat hat die Grundrechte eines jeden Menschen zu schützen, aber auch gegen andere Menschen, Personenvereinigungen und Organisationen. Jeder Mensch hat Anspruch auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Niemand darf andere in ihrer freien Selbstbestimmung beeinträchtigen, z.B. hinsichtlich der religiösen Betätigung sowie des Zugangs zu Informationen, zur Bildung und zum Berufsleben. Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

3. Gewaltenteilung

Der Grundsatz der Gewaltenteilung dient der Hemmung und Kontrolle staatlicher Macht. Die vom Volk ausgehende Staatsgewalt (siehe unter 1.) wird durch besondere Organe der Gesetzgebung (Parlamente), der vollziehenden Gewalt (Regierungen und Verwaltungen) und der Rechtsprechung (Gerichte) ausgeübt. Die Parlamente kontrollieren die Arbeit der Regierung.

4. Rechtsstaatsprinzip

Das Rechtsstaatsprinzip gewährleistet vor allem, dass Regierung und Verwaltung die Gesetze einhalten und es einen gerichtlichen Rechtsschutz bei Rechtsverletzungen durch die öffentliche Gewalt gibt. Jedem Bürger steht der Weg zu den Gerichten offen.

5. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung

Die Verwaltungen müssen die Gesetze beachten und anwenden. Maßnahmen, die in Rechte des Bürgers eingreifen, bedürfen zu ihrer Rechtfertigung grundsätzlich einer gesetzlichen Grundlage, die diese Maßnahmen zulässt oder erlaubt.

6. Unabhängigkeit der Gerichte

Die Gerichte sind unabhängig. Sie können von Regierungen oder Parlamenten nicht kontrolliert werden. Die Richter sind nur ihrem Gewissen bei der Rechtsanwendung verpflichtet. Jeder Bürger hat einen Anspruch auf einen fairen Prozess.

7. Mehrparteienprinzip und Chancengleichheit der politischen Parteien

Ein wesentliches Merkmal der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist, dass es verschiedene Parteien gibt. Alle Parteien haben die gleichen Chancen, ihre politischen Vorstellungen in die Tat umzusetzen. Gründung, Bestand und Tätigkeit der Parteien sind frei von staatlichen Einflüssen und Eingriffen. Bei Wahlen haben alle Parteien die gleichen Möglichkeiten, für sich zu werben und gewählt zu werden. Durch das Mehrparteienprinzip wird die Meinungsvielfalt im öffentlichen Leben gewährleistet.

8. Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition

Die Opposition bildet das politische Gegengewicht zur Regierung und hat die Aufgabe, sie zu kontrollieren. Sie kann Gesetzentwürfe einbringen. Die Regierung darf die Opposition nicht in ihrer Arbeit behindern.

Für Ihre Einbürgerung ist es wichtig, dass Sie die eben beschriebenen Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstanden und akzeptiert haben. Bitte stellen Sie Fragen, wenn Ihnen hierzu noch etwas unklar ist.

Mit Ihrer Unterschrift bekennen Sie sich zu den Grundwerten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Durch Ihre Unterschrift erklären Sie aber auch,

1. dass Sie keine Bestrebungen unterstützen oder selbst verfolgen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung wenden,
2. dass sich Ihre Handlungen nicht gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland wenden,
3. dass Sie die Amtsausübung der gewählten Organe des Landes nicht behindern werden und
4. dass Sie die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht durch Ausübung von Gewalt oder durch Vorbereitung solcher Handlungen gefährden wollen.

Information
über die Erhebung und Verarbeitung
personenbezogener Daten im Einbürgerungsverfahren

1.) Für die Bearbeitung Ihres Einbürgerungsantrages werden Daten benötigt, die zu Ihrer Person bei anderen Behörden vorhanden sind. **In allen Einbürgerungsfällen** werden Auskünfte eingeholt bei der/dem

- Ausländerbehörde, zur Dauer und Rechtsgrundlage des Inlandsaufenthaltes,
- Bundeszentralregister, unbeschränkte Auskunft bei Einbürgerungsbewerbern, die das 14. Lebensjahr vollendet haben,
- Polizei, zu Erkenntnissen in Straf – und Ermittlungsverfahren,
- Verfassungsschutz, zu Erkenntnissen über verfassungsfeindliche oder extremistische Bestrebungen, bei Einbürgerungsbewerbern, die das 16. Lebensjahr vollendet haben,
- Meldebehörde, zur Meldeanschrift.

Zur Einholung dieser Information sind die Einbürgerungsbehörden gesetzlich ermächtigt. Die Ermächtigung gilt auch für weitere Auskünfte, die zur Bearbeitung des Einbürgerungsantrags oder zur Überprüfung von Angaben erforderlich sind; hiervon machen die Einbürgerungsbehörden nur Gebrauch, wenn und soweit es nach den Umständen des Einzelfalles nötig ist. In Betracht kommen z. B. Auskünfte

- des Familien- bzw. des Betreuungsgerichtes, zur Geschäftsfähigkeit oder gesetzlichen Vertretung,
- der Staatsanwaltschaften und Gerichte, zu Straf- und Ermittlungsverfahren,
- des Amtsgerichtes, zu Eintragungen im Schuldnerverzeichnis.

2.) In vielen Einbürgerungsverfahren benötigt die Einbürgerungsbehörde Auskünfte der Träger von öffentlichen Leistungen (z.B. Sozialamt, Jobcenter) zur Klärung von Fragen einer eigenständigen Sicherung des Lebensunterhaltes und insbesondere zu den Gründen eines evt. Leistungsbezugs:

Bei Einbürgerungsverfahren nach § 10 StAG (Anspruchseinbürgerungen) ist im Falle des Bezugs von Leistungen nach dem Zweiten bzw. Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB II bzw. SGB XII) eine Stellungnahme des jeweiligen Trägers der Leistungen (Sozialamt, Jobcenter) zu den Gründen des Leistungsbezugs einzuholen.

Bei allen Einbürgerungsverfahren nach § 8 StAG (Ermessenseinbürgerungen) werden die jeweiligen Träger der Leistungen nach dem SGB II bzw. SGB XII um eine Auskunft gebeten, ob eine entsprechende Leistung gewährt wird oder ein Anspruch besteht, da bereits ein entsprechender Anspruch ein Einbürgerungshindernis darstellt.

Bei Bezug von Arbeitslosengeld I, Erziehungs-, Kranken-, Wohngeld oder Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz muss eine Prognoseentscheidung getroffen werden, ob künftig der Bezug solcher Leistungen erforderlich sein wird. Es wird daher der jeweilige Leistungsträger zum bisherigen

und künftigen Leistungsbezug befragt, falls dies für die Prognose hinsichtlich der künftigen Unterhaltsfähigkeit erforderlich ist.

Für die Einholung der Auskünfte bei den jeweiligen Trägern der Leistungen benötigt die Einbürgerungsbehörde eine Einwilligungserklärung des Einbürgerungsbewerbers, sofern dieser die Auskünfte nicht selbst einholt und der Einbürgerungsbehörde vorlegt. Näheres hierzu ist dem vom Einbürgerungsbewerber auszufüllenden Formular *„Information und Einwilligungserklärung zur Übermittlung von Sozialdaten im Einbürgerungsverfahren“* - **Anlage 9** - zu entnehmen.

Information und Einwilligungserklärung zur Übermittlung von Sozialdaten im Einbürgerungsverfahren

Name, Vorname:

Geburtsdatum:

Anschrift:

Zur Klärung von Fragen der eigenständigen Sicherung des Lebensunterhalts ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel sowie der Vertretbarkeit eines eventuellen Bezugs von Sozialleistungen sind unter Umständen Auskünfte vom zuständigen Jobcenter, der Arbeitsagentur und/oder dem Sozialamt notwendig, die grundsätzlich vom Antragsteller/von der Antragstellerin eingeholt werden können und vorzulegen sind. Im Interesse der Verfahrensbeschleunigung und zur Unterstützung der Betroffenen kann die Einbürgerungsbehörde die erforderlichen Informationen bei den vorgenannten Stellen aber auch direkt einholen und nutzen. Dazu ist nach § 67 b Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) die schriftliche Einwilligung des Antragsstellers/der Antragstellerin erforderlich.

1. Hiermit willige ich ein * nicht ein *,

dass die Einbürgerungsbehörde

- beim Jobcenter**
- der Agentur für Arbeit**
- beim Sozialamt**

die für das Einbürgerungsverfahren erforderlichen Informationen, insbesondere zu Leistungsbezug, früheren Leistungsbezugszeiten, Leistungskürzungen, Sperrzeiten, Sanktionen, (allgemeinen, lokalen, persönlichen) Vermittlungschancen wie Ausbildungs-, Qualifikations-, Weiterbildungsstand, Bemühungen zur Verbesserung desselben, Bewerbungssituation und Bewerbungsverhalten, Zielvereinbarungen, direkt einholt (erhebt und übermittelt bekommt) und die so gewonnenen Erkenntnisse im Einbürgerungsverfahrens berücksichtigt.

2. Des Weiteren willige ich ein * nicht ein *, dass das Ergebnis

der vom Jobcenter/ der Arbeitsagentur/ dem Sozialamt** eventuell eingeholten medizinischen und/ oder psychologischen Gutachten über meine Erwerbsfähigkeit bzw. deren Einschränkungen übermittelt und von der Einbürgerungsbehörde im Einbürgerungsverfahrens berücksichtigt wird.

Nach § 67 b Abs. 2 SGB X bzw. § 4 Abs. 1 Satz 5 Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen kann ich meine Einwilligung verweigern oder durch schriftliche Erklärung mit Wirkung für die Zukunft jederzeit und ohne Angabe von Gründen bei der oben genannten Einbürgerungsbehörde widerrufen. Die Einwilligung zur Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten im Einbürgerungsverfahren beruht auf Freiwilligkeit. Mir ist bekannt, dass die Verweigerung oder der Widerruf der Einwilligung zur Folge haben können, dass für das Einbürgerungsverfahren erforderliche Angaben/Daten nicht erhoben bzw. übermittelt werden können, was unter Umständen die gebührenpflichtige Ablehnung meines Antrags nach sich ziehen kann.

Ich habe die Informationen zur Kenntnis genommen und gebe diese Einwilligung freiwillig ab.

* Bitte ankreuzen!

** Unzutreffendes bitte streichen!

(Ort, Datum, Unterschrift)

Einverständniserklärung für die Erhebung und Verarbeitung von Daten nach der Datenschutzgrundverordnung

Zur Bearbeitung Ihres Anliegens erfolgt auf Grundlage gesetzlicher Bestimmungen die Erhebung und Verarbeitung aller notwendigen personenbezogenen Daten. Dabei handelt es sich insbesondere um Name, Anschrift, Kontaktdaten sowie sonstige notwendige Angaben. Diese Daten werden auf dem Server der zuständigen Stelle gespeichert und können nur von berechtigten Personen eingesehen werden. Für den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten haben wir alle technischen und organisatorischen Maßnahmen getroffen, um ein hohes Schutzniveau zu schaffen. Wir halten uns dabei strikt an die Datenschutzgesetze und die sonstigen datenschutzrelevanten Vorschriften. Ihre Daten werden ausschließlich über sichere Kommunikationswege an die zuständige Stelle übergeben. Darüber hinaus ist für jede weitere Datenerhebung die Zustimmung des Nutzers erforderlich. Eine automatische Löschung erfolgt nach 180 Tagen, insofern entsprechende Daten nicht weiter benötigt werden. In Fällen mit einer gebührenpflichtigen Verarbeitung kann es vorkommen, dass zur Abwicklung der Bezahlung Ihre bezahlrelevanten Daten an den ePayment-Provider übermittelt werden.

Rechte der betroffenen Person: Auskunft, Berichtigung, Löschung und Sperrung, Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, Ihre Einwilligung jederzeit ohne Angabe von Gründen mit Wirkung für die Zukunft abzuändern oder gänzlich zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Sie können den Widerruf entweder postalisch, per E-Mail oder per Fax an uns übermitteln. Es entstehen Ihnen dabei keine anderen Kosten als die Portokosten bzw. die Übermittlungskosten nach den bestehenden Basistarifen.

Weiterhin können erhobene Daten bei Bedarf korrigiert, gelöscht oder deren Erhebung eingeschränkt werden.

Ich habe die Datenschutzerklärung gelesen und nehme diese zur Kenntnis. Ich bin damit einverstanden, dass meine Angaben und Daten elektronisch zu den in der Datenschutzerklärung erläuterten Zwecken erhoben und gespeichert werden.